

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Ein staatliches Getreide- und Mehlmonopol.

Endlich hat sich die Regierung zu durchgreifenden Maßnahmen aufgerafft und den Weg beschritten, der allein noch übrig geblieben war, um die Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes bis zur neuen Ernte sicherzustellen: die Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte ist erfolgt. Mit Befriedigung verzeichnen wir diese Tat. Haben wir doch — wir gestehen es offen — mit ernster Sorge in die Zukunft geblickt, einer Sorge, die sich sicher als berechtigt erwiesen haben würde, wenn der bisherige Zustand noch länger angehalten hätte. Die neuen Maßnahmen haben uns von dieser Sorge befreit. England darf die Hoffnung auf das Gelingen seiner Aus Hungerungspläne nun endgültig zu Grabe tragen und wir sind überzeugt, daß der dahingehende Eindruck auf die englischen Gewalttäter nicht ausbleiben wird. Das deutsche Volk aber betundet damit erneut, daß es von dem unbeugsamen Willen besetzt ist, allen feindlichen Absperrungs- und Aus Hungerungsplänen zum Trotz, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende. Und deshalb wird das, was der Bundesrat jetzt beschloß, die rückhaltlose Billigung des ganzen Volkes finden, abgesehen vielleicht von jener verhältnismäßig kleinen Gruppe, die rücksichtslose Profitgier auch in dieser Zeit nicht ruhen läßt.

Das energische Vorgehen der Regierung nach ihrer langen Periode des Zögerns und Zauderns dürfte verschiedene Gründe haben. Einmal lagen die Getreidevorräte, die im Dezember vorgenommen wurden, vor. Das Ergebnis dürfte so gewesen sein, daß sich die Regierung sagen mußte, nun ist länger keine Zeit mehr zu verlieren. Das monatelange Durchhalten einer überhöhen Anzahl Schweine und der sonstigen Viehbestände konnte, bei Ausbleiben der rund eine Milliarde Mark betragenden ausländischen Futtermittelzufuhr, nicht ohne Wirkung auf unsere Getreidebestände bleiben. Zum andern konnte aber auch über die Wirkungslosigkeit der bisherigen Maßnahmen zuletzt nirgends mehr ein Zweifel sein. Man hatte zuviel Hoffnungen in die Einsicht und Vernunft des lieben Publikums gesetzt. Die Erfahrung hat gar bald gelehrt, daß auf diesem Gebiete mit schönen Ermahnungen schlechterdings nichts zu erreichen ist. Wer nur etwas mit der Volkspolizei vertraut ist, weiß, daß so lange nicht von der alten Gewohnheit abgegangen wird, als nicht Zwang dahinter steht. Dann aber auch scheint man an manchen Regierungskreisen noch etwas allzusehr dem Glauben an das bekannte „freie Spiel der Kräfte“ mit seiner angeblich ausgleichenden Wirkung zu huldigen. Wir wenigstens hatten den Eindruck, daß die bisherigen Maßnahmen überwiegend nach dem alten manchesterlichen Gesichtspunkt erfolgt seien, daß man nur die Produzenten und den Handel zu fördern brauche, und alles Uebrige würde sich dann von selbst zum Besten gestalten. Der bisherige Verlauf hat gezeigt, daß das nicht zutreffend ist. Wenn die neue Regelung bedeutet, daß man auch an Regierungsstelle das Verstehen dieser Anschauung eingesehen hat, so ist das, namentlich auch im Hinblick auf die eingehendere Behandlung, die das Nahrungsmittelproblem unstrittig nach dem Kriege finden muß, keineswegs die geringste Errungenschaft, die wir in die Zeit nach dem Kriege mit hinübernehmen.

Die neuen Bestimmungen greifen ungleich tiefer und wirken bei weitem einschneidender, als was bisher auf diesem Gebiete an Regierungsverordnungen bestand. Sie bedeuten eine völlige Umwälzung auf einem der wichtigsten Gebiete der Volkswirtschaft, nämlich dem des freien Verkehrs mit den wichtigsten, der Ernährung dienenden Bodenprodukten. Die freie Konkurrenz hat auf diesem Gebiete mit einem Schlag völlig aufgehört; an Stelle der privaten ist die Staatswirtschaft getreten. Und auch der Schlüsselstein in diesem Gebäude ist nicht vergessen worden: unter der Bezeichnung „Reichsverteilungsstelle“ ist die Behörde geschaffen worden, die die Verteilung der beschlagnahmten Vorräte in di-

Bege zu leiten hat. Es wäre natürlich verfehlt, daran weitgehende grundsätzliche Erwägungen knüpfen zu wollen. Die getroffenen Maßnahmen sind Kriegsmassnahmen, geboren aus der eiserne Notwendigkeit der Stunde und nur für diese. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß aus ihnen nicht wertvolle Erfahrungen für die kommende Friedenszeit gewonnen werden können. — Der neuerrichteten Reichsverteilungsstelle ist vor allem die Aufgabe zugewiesen, die vorhandene Menge so einzuteilen, daß sie bis zur neuen Ernte reicht. Dabei hat es sich als notwendig erwiesen, daß ein Viertel des bisherigen Verbrauchs eingespart werden muß. Für den Einzelnen bedeutet das natürlich auch, daß er künftig nur mehr drei Viertel der seither verbrauchten Brotmenge erhalten kann. Um Mißbrauch hierbei auszuschließen, ist den Kommunen die Kontrollbefugnis erteilt. Auch im übrigen liegt die Ausführung der neuen Bestimmungen im wesentlichen bei den Kommunen.

Den Zusammenhängen, die zwischen der Knappheit in Brotgetreide und den hohen Schweinebeständen bestehen und auf die wir in letzter Nummer der Baugewerkschaft bereits hinwiesen, ist in der neuen Verordnung Rechnung getragen. Im wesentlichen ist hier der Weg gegangen, den wir damals vorzeichneten. Das neue Gesetz verpflichtet Städte und Landgemeinden von mehr als 5000 Einwohnern, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat von Dauerware zu beschaffen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung kann den Gemeinden das Eigentum an Schweinen übertragen werden.

Eine Gefahr lassen die getroffenen Verfügungen offen und darauf wird in der Tagespresse auch schon hier und da hingewiesen: es steht nämlich zu befürchten, daß die Spekulation (die landwirtschaftliche, händlerische und private) sich jetzt, nachdem sie auf dem Gebiete der Kornfrucht ganz ausgeschaltet ist, auf das nächst dem Brot wichtigste Ernährungsmittel stürzen wird, nämlich die Kartoffel, und zwar trotz der erlassenen Höchstpreise. Ein westdeutsches Blatt, die „Rh. Westf. Zig.“, hält das besonders um deswillen bedenklich, als eine Abkehr vom zubielen Brotverzehr nicht erreicht werden könne, wenn die Bevölkerung nicht ihre Kartoffel in den Keller bekommt. Das Blatt sieht drei Gründe für den gerade diesjährig so großen Verbrauch von Brotgetreide: die Darreichung der Abermillionen Butterbrote an den Bahnhöfen für die Soldaten (die ihnen natürlich jeder von Herzen gönnt), ferner die Tatsache, daß aus Mangel an vorhandenen Kartoffelvorräten die Hausfrau abends weniger als sonst Kartoffelgerichte auf den Tisch brachte, und drittens wurde wohl aus gleichem Grunde in Familien, deren Vater im Kriege ist, selbst das Mittagessen durch bequeme und anscheinend billige Butterbrote ersetzt. Hier kann man nur immer wieder mahnen: das muß von nun an anders werden.

Natürlich werden die neuen Bestimmungen für jeden einzelnen Härten und Unbequemlichkeiten im Gefolge haben. Das ist bei einer so einschneidenden Maßregel nun einmal nicht zu vermeiden. Au härtesten dürfte darunter noch die ländliche Bevölkerung leiden, und darunter sind ja auch sehr viele unserer Mitglieder. Es wird für sehr viele, die ihr Brotgetreide selbst zogen, etwas ganz Unerhörtes sein, daß sie über ihre eigenen Vorräte nun nicht mehr frei sollen schalten und walten dürfen, und noch unerhörter dürften sie es empfinden, wenn das zum Eigenbedarf ihnen Verbleibende nach demselben knappen Maßstabe gemessen wird, als das bei der städtischen Bevölkerung der Fall ist. Darüber zu jammern hat gar keinen Zweck. Die Frage ist ganz einfach die: Wollen wir die bisher gebrachten gewaltigen Opfer an Gut und Blut umsonst gebracht haben und uns den militärischen Erfolg aus der Hand schlagen lassen, nur, weil im Innern des Landes infolge eines ungerichteten Verbrauchs die Lebensmittel ausgegangen sind, oder wollen wir einige Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen, um dafür die Gemütsruhe einzutauschen, daß die Lebensmittelvorräte so verteilt werden, daß sie wirklich bis zur neuen Ernte ausreichen? Die Antwort kann doch wirklich nicht zweifelhaft sein. Von unsern

Kollegen aber erwarten wir, daß sie, in Erkenntnis der wahren Lage, sich willig in die neuen Verhältnisse schicken und im Sinne dieser Ausführungen aufklärend in ihrer Umgebung wirken.

Zur Nachstehenden geben wir das Wichtigste aus den neuen vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen wieder: Die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl bringt mit dem Beginn des 1. Februar 1915 eine

Beschlagnahme der im Reich vorhandenen Vorräte von Weizen und Roggen, sowie von Weizen, Roggen, Hafer- und Gerstemehl.

Bestimmte Ausnahmen von der Beschlagnahme, insbesondere für die zusammen einen Zehntel nicht übersteigenden Vorräte, sind vorgesehen. Anfolge der Beschlagnahme ist (mit einzelnen Ausnahmen) die Vornahme von Veränderungen an den beschlagnahmten Gegenständen verboten und jede rechtsgeschäftliche Verfügung über sie nichtig. Die erwähnten Ausnahmen betreffen das in landwirtschaftlichen Betrieben zur Erhaltung der Angehörigen der Wirtschaft und des Viehstandes, sowie der Naturaberechtigten erforderliche Brotgetreide in bestimmter Höhe, sowie das Saatgut, ferner sind gewisse Ausnahmen vorgesehen für Händler und Handelsmühlen, Bäcker und Konditoren in beschränktem Umfange.

Zur Durchführung der Beschlagnahme ist eine Anzeigepflicht vorgesehen, der bis zum 5. Februar zu genügen ist. Das Eigentum an den beschlagnahmten Vorräten soll durch die Enteignungsverordnung der zuständigen Behörde auf die Person übergehen, zu deren Gunsten die Beschlagnahme erfolgt ist. Die Verordnung legt sodann den Mühlen die Verpflichtung zur Vermahlung des ihnen zugewiesenen Getreides auf und regelt im einzelnen den Mahlvorteil.

Für die Regelung des Verbrauchs wird eine Reichsverteilungsstelle errichtet, die die Aufgabe hat, mit Hilfe der Kriegs-Getreide-Vereinschaft für die Verteilung der vorhandenen Vorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte zu sorgen. Auf Getreide oder Mehl, das nach dem 31. Januar 1915 aus dem Ausland eingeführt wird, erstreckt sich die Verordnung nicht. Auf vom Ausland eingeführtes Getreide finden auch die Höchstpreise keine Anwendung. Die Abgabe von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstemehl im geldwerten Verkehr in der Zeit vom Beginn des 26. Januar bis zum Ablauf des 31. Januar 1915 ist verboten. Geschäfte, deren Inhaber sich in Befolgung der ihnen obliegenden Pflichten unzuverlässig zeigen, können geschlossen werden.

Die Verordnung über die Sicherstellung von Fleischvorräten legt der Städten und den Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Verpflichtung auf, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat an Dauerwaren zu beschaffen und ihre Aufbewahrung sicherzustellen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung kann den Gemeinden oder einem Dritten das Eigentum an Schweinen übertragen werden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, 25. Januar.

In der Bekanntmachung des preussischen Staatsministeriums betreffend die Beschlagnahme des Brotgetreides heißt es zum Schluß: „Der vaterländische Geist und der feste Wille zum Siege, die sich in unserem Volke in dieser gewaltigen Zeit in so erhebender Größe offenbaren, geben uns die Gewißheit, daß jeder Mann und jede Frau im engsten und weitesten Vaterlande auch hier gern und opferfreudig ihre Schuldigkeit tun werden. Wie unsere todesmütigen Truppen draußen auf der Kampfplatz, so wollen und werden auch wir Zuhausegebliebenen zu unserem Teil den großen Kampf um des Reiches Bestand und Ehre siegreich durchhalten.“



# Arbeit und Erfolge unserer Kriegsarbeitsgemeinschaft.

## I.

Die Organisation der Arbeitsgemeinschaft vervollständigt sich immer mehr. Für Schlesien und für das Unterweser- und Emsgebiet sind die Bezirksausschüsse gebildet worden. Es steht deren Bildung nur noch aus für Ostpreußen, Württemberg und das Saargebiet.

Die Bemühungen der Bezirksausschüsse sind in erster Linie darauf gerichtet, die gesetzgebenden Körperschaften, die Ministerien und die ausführenden Behörden sowie die Gemeinden zu veranlassen, die bereits genehmigten Bauten zu beschleunigen und Mittel zu weiteren Bauten bereitzustellen. In der Provinz Brandenburg sind zum Beispiel 71 Eingaben versandt worden und in den andern Bezirken sind die Bezirksausschüsse in gleicher Weise tätig. Die Ortsausschüsse — über 200 an der Zahl — bemühen sich, die örtlichen Verhältnisse im gleichen Sinne zu beeinflussen. In den Monaten Januar und Februar werden in den Gemeinden, deren Geschäftsjahr vom 1. April bis 31. März läuft, die Haushaltspläne festgestellt. Es ist den Ortsausschüssen empfohlen, darauf hinzuwirken, daß möglichst weitere Bauarbeiten in die Haushaltspläne Aufnahme finden, damit der Erwerbslosigkeit nach Möglichkeit vorgebeugt wird.

Auf viele Eingaben gehen schriftliche Antworten ein. Den gemachten Vorschlägen wird die Berechtigung nicht verweigert und in den meisten Fällen wird eine Unterstützung der Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft in Aussicht gestellt. Zur besseren Begründung der Vorschläge und um weitere Anregung zu geben, haben eine größere Anzahl Bezirks- und Ortsausschüsse persönliche Vorstellungen für angemessen erachtet.

In nachfolgendem wird ein kleiner Ueberblick aus der bisherigen Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft gegeben, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der bisherigen Erfolge.

Die Deputation des Bezirksausschusses für die Provinz Pommern wurde vom Oberpräsidenten empfangen. Sie trug ihm ihre Wünsche vor. Der Oberpräsident wies darauf hin, daß der Herr Minister bald nach Ausbruch des Krieges die bauenden Behörden in einem besonderen Erlaß angewiesen hat, die im Haushaltsplan eingestellten und beschlossenen Bauten während des Krieges in Angriff zu nehmen und bereits angefangene Bauten, die infolge des Krieges stillgelegt sind, nach Möglichkeit zu fördern. Unserer Deputation wurde ausdrücklich versichert, daß schon in Hinblick auf die erlassene Verfügung des Ministers auf Unterstützung unserer Bestrebungen durch die Behörden gerechnet werden

würde. Er werde zum Beispiel die drei pommerschen Regierungen veranlassen, unsern Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Eine gleich freundliche Aufnahme fand die Deputation beim Eisenbahndirektionspräsidenten. Außer der Förderung etatsmäßiger Bauten konnte er in Aussicht stellen, daß für mehrere hunderttausend Mark Arbeiten im Frühjahr zur Ausschreibung gelangen, die außerhalb des Etats stehen. Der Landeshauptmann für die Provinz Pommern konnte durch seine Baubezernenten mitteilen lassen, daß die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft gewürdigt sind. Die im Entstehen begriffenen Bauten werden so schnell wie möglich fortgeführt; zwei weitere größere Bauobjekte befinden sich in Vorbereitung und werden sobald als möglich zur Ausführung gelangen. Wegen Vergebung kleinerer Hochbauten, Chaussee- und Brückenbauten wurde die Deputation an die mit selbständigem Verfügungsrecht ausgestatteten Hochbau- und Tiefbauämter sowie an die Stadtverwaltungen verwiesen. Die Vorstellung beim Oberbürgermeister der Stadt Stettin gab ebenfalls reichlich Gelegenheit, Wünsche vorzutragen und Anregungen anzubringen. Als besonderes Ergebnis sei erwähnt, daß der Baugenossenschaft aufs neue Mittel zur Verfügung gestellt werden, wodurch die Fortführung einer größeren Anzahl Genossenschaftshäuser ermöglicht wird.

In Mecklenburg hatte der Landtag zunächst nur geringe Mittel für die Vorbereitung von Eisenbahnunterführungsarbeiten eingestellt. Nach unserer Eingabe sind 100 000 M als erste Rate für Bauwerke zur Verfügung gestellt worden. Ebenso wird die Erweiterungs- und Renovierungsarbeit der Landesirrenanstalt „Zachenberg“ nunmehr ausgeführt werden. Auch das ist auf die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft zurückzuführen.

Die Eisenbahndirektion Erfurt antwortete: „Dem Ziele, zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Bautätigkeit des Eisenbahnbaus möglichst zu beschleunigen und zu erweitern, widmen auch wir unsere Aufmerksamkeit. Es sind deshalb nicht nur die in der Ausführung begriffenen Bauarbeiten unbeschränkt fortgeführt, sondern auch eine Reihe neuer Arbeiten in Angriff genommen, die erst für später vorgesehen waren. Andererseits sind einzelne von Ihnen benannte Bauvorhaben noch nicht soweit gediehen, um unmittelbar begonnen werden zu können. Wir stimmen jedoch mit Ihnen darin überein, daß auf unmissbare Förderung der Bautätigkeit im wirtschaftlichen Interesse Bedacht genommen werden muß.“

Dazu kommt, daß die Eisenbahntrasse Lichtenfels-Coburg-Weimingen-Salzungen zweigleisig ausgebaut wird. Die Arbeitsgemeinschaft darf wohl annehmen, daß auch sie einen Anteil an dem Zustandekommen der Ausführung dieser Arbeiten hat. In Waltershausen sollte der Realschulbau infolge des Krieges nicht zur Ausführung gelangen. Der Ortsausschuß erreichte aber, daß sich der Magistrat dennoch zur Ausführung entschloß. Der Bau kostet 45 000 M.

Die Eingabe in Eßln, verbunden mit einer Aussprache mit dem Oberbürgermeister, führte zur Erörterung der Frage, ob Arbeitgeber und Arbeiter auch dafür bürgen könnten, daß die zur Vergebung gelangenden Bauten bis zu einem bestimmten Termin fertiggestellt würden. Die Frage wurde wohl gestellt, weil zurzeit in Eßln und dem rheinisch-westfälischen Gebiet die Arbeitslosigkeit ganz gering ist. Darauf konnte erwidert werden, daß, sobald die Vermierungsarbeiten in Belgien fertiggestellt seien, das Angebot der Arbeitskräfte in Eßln und dem Rheinlande steigen werde, um so mehr, als die private Bautätigkeit immer mehr ins Stocken gerate und die dort überflüssig werdenden Arbeiter arbeitslos würden. Daher rechtfertigt sich die Inangriffnahme städtischer Bauten, um der zu erwartenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Dem ist noch hinzuzufügen, daß es selbst dann eine soziale Pflicht der Behörden ist, jede nur mögliche Arbeit in Angriff zu nehmen, wenn im engeren Bezirk Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten wäre. Dafür gibt es in anderen Bezirken eine erschreckend große Zahl Arbeitsloser, für die Arbeit zu beschaffen ist. Die besondere Notlage der kleineren und mittleren Unternehmer wurde ebenfalls besprochen. Es wurde zugesagt, daß auch diese Wünsche berücksichtigt werden sollten. Die Neubauten sechs großer und vier kleiner Schulen, zu deren Errichtung circa sechs Millionen Mark bewilligt sind, werden sofort zur Ausschreibung gelangen. Des weiteren wird in Aussicht gestellt, daß bei der Beratung des nächstjährigen Etats — im Februar — für weitere größere Arbeiten die dazu nötigen Mittel gesordert werden würden.

Besonders rühmig ist der Kreisler Ortsausschuß. Er richtete seine Eingaben an zwölf Bürgermeistereien, sechs Kreis- und an die gemeinnützige Baugenossenschaft und an industrielle Werke. Er erreichte unter anderem, daß Innenarbeiten in einem Umfang zur Ausführung kommen, wie es sonst nicht der Fall gewesen wäre. Das Stahlwerk antwortete: „Zu ihrer Orientierung teilen wir Ihnen mit, daß wir zurzeit größere Bauten, bezw. Neuanlagen vergeben haben.“ Der Bürgermeister der Stadt Kempen a. Rh.: „Die diesseitige Unterstützung ist Ihnen im Sinne Ihrer Eingabe an die königliche und Provinzialbehörden bereits zuteil geworden, indem die hiesige Verwaltung trotz der überaus schwierigen Geldbeschaffung die Weiterführung zweier großer Bauten — eines Volksbades mit Schwimmbasse und eines Krankenhauses — für zusammen 500 000 M durchgeführt hat. Einer weiteren Förderung können sie gewiß sein.“

Im gleichen Sinne antwortet der Bürgermeister der Stadt Neuf. In Neuf ist auf Anregung des Ortsausschusses der Schulneubau begonnen worden.

Der Ortsausschuß in Karlsruhe wurde beim Finanzministerium und bei der Badischen Eisenbahndirektion vorstellig. Von den maßgebenden Körperschaften wurde ihm erklärt: Zur Behebung der Bautätigkeit soll das möglichste geschehen.

## Feldpostbriefe.

Rußland, den 13. Januar 1915.

Lieber Freund!

Heute, im Schützengraben, habe ich die Gelegenheit, dir einiges aus meinen bisherigen Erlebnissen mitzuteilen. Wir sind hier im Walde ungefähr 40-50 Meter von den russischen Schützengraben entfernt und liegen jetzt schon den siebenten Tag hier. Von keiner Seite wird ein Angriff gemacht, denn wer den Sturm wagt, ist in dem Walde verloren. Die abgeschossenen Bäume bilden so viel Hübnisse, daß sehr leicht durchzukommen ist. Am 2. Januar lagen wir im Schützengraben weiter rechts, da haben wir uns Leute mit den Küssen gesprochen und ihnen Zigaretten zugeworfen. Dann sind sie selbst in unsere Schützengraben gekommen und haben keine Kam mitgenommen. Einige sind dageblieben, andere sind wieder zurückgegangen; diese letzteren wollten sich am anderen Tage ergeben, sie sind aber nicht gekommen. Ein Kasse gab einem Feldweibel von uns in ganzemäntel Absicht ein Stücken Brot, wie ich mit eigenen Augen gesehen habe. Zwei Tage später kamen 14 Ueberläufer zu uns herüber. Sie hatten eine Freude, daß sie bei uns landen. Als sie nun weggebracht werden sollten, befohl der Sattelmanskommandant, daß sechs Mann als Bewachung mitgehen sollten, wozu sie einverstanden waren. Die sechs Leute waren noch, daß sie hier wären. Der einzige Leuten kam wieder ein Ueberläufer. Als er drei Schritte von unserem Schützengraben entfernt war, besaß er von den Russen einen Schuß, und er fiel. Ich bin sehr traurig, denn er hat es allerdings wieder mit dem Leben lassen müssen, denn die Russen hoffen ihn nicht mehr. Sie haben abwarten lassen, bis sie wieder kommen sollten, bis sie alle ergriffen.

Wer weiß, was da war, denn ich bin hier schon seit drei Wochen im Schützengraben, und ich habe noch keine Ruhe gesehen. Ich habe schon 2. Januar gesehen, aber ich habe es nicht gesehen, bis ich ihn im Schützengraben sah.

„Deutsche Soldaten ergeht Euch! Ihr werdet von euren Offizieren betrogen. Euch wurde gesagt, der Krieg dauert nur 3 Monate. Jetzt hat er schon 5 Monate gedauert und ist noch nicht zu ende. Ihr wolltet Waisnachten in Warschau sein. Ihr habt es noch nicht. Der Weg nach Warschau ist noch sehr weit. Eure Frauen und Kinder haben kein Brot mehr. Das Schlachtfeld war bisher von Toten und Verwundeten bedeckt. Ihr habt Greise und Jünglinge im Feld und für uns beginnt der Krieg erst. Deutsche Soldaten ergeht Euch!“

Selbstverständlich konnte dieser Erguß nur eine erhebende Wirkung bei uns auslösen. Es scheint den Russen wirklich nicht mehr gut zu gehen, wenn sie schon zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen. Darauf deutet auch hin, daß sie jetzt mit ihrer Artilleriemunition äußerst sparsam umgehen. Sie schießen längst nicht mehr so viel darauflos, wie beispielsweise zu Anfang des Krieges in Ostpreußen.

Im übrigen verleben wir hier sozusagen gute Tage. Wir locken in den Schützengraben, bereiten uns Brotkrümeln, Tee usw. Abends singen wir öfter, und ab und zu werden einige Schuß abgegeben. Wenn wir die Kassen mal ansprechen wollen, lassen wir das Maschinengewehr fallen. Dann wird's aber lebendig drüben. Sie schießen wie toll darauf los, glauben sie doch, wir hätten einen Sturmangriff machen. Das macht uns dann Spaß. Abends und morgens bekommen wir Essen aus der Hand. Da wird auch manchmal einer durch einen Zufallsstreifer verwundet. Wir sind hier in der Nähe von D. Es geht es mir noch gut, was ich auch von Euch hoffe. Das Wetter ist jetzt sehr schön, wie im Frühling, nichts etwas Frost. Im Zeitvertreib ich's mir nicht. Da bei dem Kompanieführer so etwas wie Feindschaft. Da habe ich bald Tee, bald Kaffee, auch mal Schokolade und was wir nicht alle haben. Ich lese so, was der Herr Kommandant ab, denn wir teilen alles unter uns. Daß der Herr Kommandant ein weinendes Kind ist, weiß ich von einem Freund. Johann Brähler.

Tergnier, den 17. Januar 1915.

Wetter Kollege!

Ich war auf das angenehmste überrascht, als mir die Feldpost vor einigen Tagen das Vereinsorgan des Christlichen Bauarbeiter-Verbandes brachte. Es ist selbstverständlich, daß mich dessen Inhalt sehr interessierte. Mit besonderer Genugtuung las ich, daß die daheimgebliebenen Kollegen ziemlich mit Arbeit versehen und damit vor allzu großer Not geschützt sind. Hier ist's anders! Wohin das Auge blüht, nichts als Elend und wüste Trümmerhaufen. Die Spuren des Krieges zeigen sich hier in der ausgeprägtesten Form. Ich bin zeitweise einen beträchtlichen Teil des von uns eroberten Frankreich zu sehen. Ganz besonders hat jener Teil dieses Landes zu leiden gehabt, in dem sich die Feinde wochenlang gegenüberlagen. Dörfer, ja ganze Städte liegen in Trümmern, von den einzelnen Gehöften gar nicht zu reden. Wer wird die Wunden dieses entsetzlichen Krieges heilen? Wir können uns glücklich preisen, daß die Kriegssackel nicht in unser Land geschleudert wurde. Es ist unmöglich zu schildern, wie sehr die hier an vielen Orten zurückgebliebene Bevölkerung leidet. Teilweise liegen ihre Habe in Trümmern, und da, wo ihre Häuser noch stehen, klopft der Hunger an die Türen. Wie sehr wir auch anfangs unter der Bevölkerung zu leiden hatten, so helfen wir ihnen doch. Manches Stücklein uneres Brotes füllte ihren Hunger. Unschuldige Kinder, altersgraue Männer und gebildete, alte Frauen betteln um Brot. Wer kann sie leiden sehen, diese Armen der Armen? Schließlich sind auch unsere Feinde immer noch Menschen.

Nach wochenlanger Ruhe ist der Sturm losgebrochen. Seitdem als je zuvor tobt der Kampf. Ganze feindliche Regimenter sind vernichtet. Unsere schwere Artillerie hat entsetzlich unter den Feinden aufgeräumt. Tausende sind gefallen, und vielleicht liegt morgen oder übermorgen die französische Stadt Soissons in Trümmern. Möge der gütige Gott, der Vater aller Schöpfungen, auch fernhin mit uns sein, und möge er unserem geliebten Vaterlande einen ruhmreichen Frieden geben! Ihren Kollegen die herzlichsten Grüße! Otto Gäß, Sekretär des Verbandes.



Ueber weitgehendstes Entgegenkommen berichtet die Deputation für Baden-Baden. Der Oberbürgermeister äußerte dem Sinne nach, daß es in dieser Zeit zu den Pflichten des Staates und der Gemeinden gehöre, für Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Demzufolge habe der Stadtrat vorzuzugreifen gesucht. Der Umbau des Kurhauses wird weiter durchgeführt. Der Schulhausneubau in Richental ist vergeben und der Neubau des Krankenhauses wird alsbald begonnen. Neben anderen bereits bestimmten Kanalbauten ist ein großer Kanalbau von Baden-Baden nach dem Rhein in Vorbereitung, der bestimmt in diesem Jahre begonnen wird. Zur Schaffung der Arbeitsgelegenheit der Arbeiter im Winter werden die vielen Gartenmöbel mit neuem Anstrich versehen und die Unterhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden in Angriff genommen, damit für alle Bauhandwerker Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Den weiteren Anregungen der Arbeiter wurde Erfüllung zugesagt.

Aber nicht überall sind die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen. In Breslau fördert ein großes kommerzielles Unternehmen seinen in Angriff genommenen Bau, der am Ringe ausgeführt werden soll, nicht, und gibt damit ein schlechtes Beispiel für soziale und volkswirtschaftliche Pflichterfüllung in dieser ersten Zeit. Die Maßnahme, daß jeder nach Kräften dazu beitragen soll, das Wirtschaftsleben zu heben und die Kaufkraft des Volkes zu stärken, bleiben unter solchen Umständen unberücksichtigt.

Aus Sachsen wird berichtet, daß in Mittweida der Straßenbahnbau Mittweida-Limbach, bis nach dem Kriege zurückgestellt ist. Der Bau des Technisums, der durch die Stadt ausgeführt wird, ist bis zum Kellergeschoss fertiggestellt und wird nicht weitergeführt. Ein Fabrikneubau und die Arbeiterhäuser des Fabrikanten Weidenmüller sind gleichfalls bis nach dem Kriege zurückgestellt. In Leipzig liegen zurzeit über 40 Bauten seit Beginn des Krieges vollständig still. Die Bau-genossenschaft „Marienbrunn“ beabsichtigt 23 Häuser zu errichten. Die Ausführung muß unterbleiben, da die erforderlichen Baugeländer nicht bereitgestellt werden können. Für Borna, Zwickau, Annaberg und Rochitz sind Bahnhofsbauten geplant und die Mittel bereits 1911 bewilligt. Die Bauten sind aber noch nicht in Angriff genommen.

Solche Beispiele könnten noch mehr angeführt werden. Sie zeigen, daß den Bezirks- und Ortsausschüssen noch ein weites Gebiet für ihre Tätigkeit offensteht. Ihren unablässigen Drängen wird und muß es in den meisten Fällen gelingen, die Wiederaufnahme und die Fortführung wenigstens der öffentlichen Arbeiten herbeizuführen.

### Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten die Kollegen: **Fritz Reith** aus Großenlüber, Mitglied der Zahlstelle Dortmund (Maurer); **Leon Roscielsky**, Vorsitzender der Zahlstelle Düsseldorf (Maurer), nachdem er schon im Oktober zum etatmäßigen Feldwebel befördert worden war; **Hermann Potall** (unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier), Mitglied der Verwaltungsstelle Alsenstein. **Josef Butterbrodt** und **Karl Butterbrodt** aus Göhrz, Verwaltungsstelle Hildesheim. (Beide sind Brüder von unserem Bauarbeiterkongresssekretär und derzeitigen stellv. Bezirksleiter von Hannover, H. Butterbrodt.) Das bayerische Verdienstkreuz mit Schwertern erhielt der Kollege **Josef Wanner** von der Zahlstelle Hochzoll. Unsern herzlichsten Glückwunsch!

**Die Katastrophe der Katastrophentheorie.** Auch der marxistischen Katastrophentheorie hat der Weltkrieg den Gnadenstoß versetzt. Einer, der's wissen kann, der Sozialist Dr. August Müller von der Konsumvereinszentrale Hamburger Richtung, sagt es uns:

„Wer sich jetzt Stunden ungeprüfter Seligkeit bereiten will“, schreibt er, „dem kann nur empfohlen werden, einmal in a d h z u l e s e n, welche Rolle der Weltkrieg in der Phantasie der marxistischen Katastrophentheoretiker gespielt hat. Alle diese angenehmen Herrschaften aus Holland, Rußland, Polen, Galizien und anderen interessanten Ländern, die seit Jahrzehnten von der deutschen Arbeiterschaft als Lehrer und Wortführer ertragen werden mußten, haben mit Vorliebe das Thema von dem „Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise“ im Kriegsjahre behandelt. Mit „wissenschaftlicher“ Gründlichkeit haben sie den „Beweis“ erbracht, daß ohne Katastrophe, ohne den Umweg über die „Diktatur des Proletariats“ die Erfüllung sozialer Postulate der breiten Volksmassen unmöglich sei. Und für sie alle bedeutete der Weltkrieg mit seinen angeblich unvermeidbaren, dem Untergrund des gesamten Wirtschaftslebens aufwühlenden Folgeerscheinungen die kapitalistische Gottesdamnung. Bis in alle Einzelheiten ist uns das in zahlreichen Abhandlungen wissenschaftlich „nachgewiesen“ worden.“

Zwanzig, dreißig Jahre sind die deutschen Arbeiter mit diesem „Böddium“ gefüttert worden. Daß die wirtschaftliche Entwicklung im „Klassenkampf“ nicht den selbst zu einer

Katastrophe führte, das konnte ja allmählich auch dem untrüglichen Gemüte nicht verborgen bleiben. Wie also nur noch der Weltkrieg mit seinen Schreden, der das kapitalistische Ungeheuer mit einemmal in den Abgrund stößt und der Menschheit die Pforte zur sozialistischen Glückseligkeit öffnen müßte. Auch der Glaube wird nun wohl erschüttert sein; denn das eine liegt ja klar vor Augen: eine Katastrophe hat der Weltkrieg allerdings im Gefolge gehabt, aber nicht des Kapitalismus, sondern der Katastrophentheorie. Diese liegt zertrümmert am Boden, jener aber zeigt erstaunliche Zeichen von Elastizität, Anpassungsvermögen, Gesundheit und nicht die geringste Spur von Alterserscheinungen und beginnendem Verfall.

Eine schwerere Belastung, als dieser Weltkrieg dem deutschen Wirtschaftsleben auferlegt, ist nicht denkbar. Und wenn es diese überlebt, dann ist damit der Beweis für die Kraft und Gesundheit dieses Wirtschaftslebens gegeben.“

Zwar findet Dr. Müller hernach am leikteren doch noch einiges anzusetzen, worin sich übrigens unsere Auffassung der Dinge mit der seinen deckt. Die rechte Antwort darauf findet die „Westf. Arb. Ztg.“, die meint, es wäre eine verlockende Aufgabe, zu zeigen, inwieweit die von Dr. Müller als „Böddium“ bezeichneten Lehren Schuld daran waren, daß die Formen des an und für sich gesunden deutschen Wirtschaftslebens im Laufe der Zeit nicht mehr als geföhren auch den Anforderungen einer höheren sozialen Gerechtigkeit angepaßt wurden. Im Übrigen steht es auch damit noch etwas besser, als Dr. Müller in diesem Zusammenhang zugeben möchte. Verleichte Genosse Nummer in der „Metallarbeiter-Zeitung“.

**Ueber Ursachen und Zusammenhänge des Weltkrieges** bringt das eben erschienene Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften für 1915 (Verlagsverlag, Köln, Vorkursaal 9) einen äußerst lehrreichen Artikel, worin die allmähliche Zuspitzung der Verhältnisse zwischen den kriegführenden Großmächten anschaulich geschildert wird. Wie der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands den Reich und das Reich seiner Konkurrenz erzeugte; wie englische und französische Hebandegebanten und russische Eroberungslust den herrschaftlichen Zween Albions dienstbar zu machen wußte; wie die Entdeckung Deutschlands von langer Hand vorbereitet und in dem jetzt praktisch wirksam gewordenen feindlichen Staatenbündnis vollendet wurde. Die feindliche Rüstungswelle brachten es so weit, daß sich das Deutsche Reich an der Seite seines österröichisch-ungarischen Verbündeten einer Welt von Feinden gegenüber sah, die unter heuchlerischen Friedensbetörungen in der Stille alle Vorbereitungen trafen, um zu gegebener Zeit über das deutsche Volk herzufallen. „So mußte die deutsche Politik“, heißt es im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften am Schluß des erwähnten Artikels, „zwischen diesen gewaltigen Gefahren von Ost und West und Nord hindurch lavieren. Es gab schließlich keine bessere Sicherung, als unsere wirtschaftliche und militärische Erstarkung. Die muß uns auch über den Weltkrieg hinweghelfen zu einer besseren und gesicherten Zukunft. Dem entsprach die Haltung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung seit Jahr und Tag. Sie hat dieses ihr Programm infolge des Weltkrieges nicht revidieren müssen. Sie hat stets gewußt und betont, was gerade für die deutsche Arbeiterschaft bei der Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht auf dem Spiele steht. Die Interessen unseres gesamten deutschen Vaterlandes und diejenigen unserer Industrie und Arbeiterschaft sind eins. Danach hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung in für sie schweren Zeiten gehandelt. Das ist heute ihr Ruhm. Es soll auch in Zukunft so bleiben.“

**Der gestörte Burgfrieden.** In den ungehobellen Auswirkungen auf die christlichen Gewerkschaftsführer im Jahrbuch des Deutschen (sozialdemokratischen) Bauarbeiterverbandes macht die „Gewerkschaftskorrespondenz“ (herausgegeben vom Gesamtverband d. Hr. G.) noch folgende treffliche Ausführungen:

„Wenn in christlichen Arbeiterblättern die leiseste Kritik an der Sozialdemokratie und ihrer jetzt größtenteils verleugneten Vergangenheit geübt wird, dann erhebt sich in der sozialdemokratischen Presse sofort ein geräuschvoller Protest, dann wird mit mehr oder minder deutlichem Appell an die militärische Zensur die Einhaltung des Burgfriedens gefordert. Der sozialdemokratische Bauarbeiterverband aber kennt in seiner Kritik weder Maß, noch Ziel, dazu in einer Frage, über die heute selbst weite Kreise der Sozialdemokratie ganz anders denken, wie es in den vorstehenden Ausfällen dargestellt wird. Die christliche Arbeiterbewegung hat — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — ungeachtet aller Schwierigkeiten den Staatsnotwendigkeiten Rechnung getragen; die christlichen Arbeiter haben im Interesse der Gesamtheit dem Staate die Mittel nicht verweigert, die er zur Erhaltung und Stärkung seiner Beherrschung notwendig hatte. Der Weltkrieg und seine Begleiterscheinungen haben den Beweis erbracht, daß die christlichen Arbeiter recht gehandelt, daß sie dem Vaterlande mit ihrer Stellungnahme einen bedeutsamen Dienst erwiesen haben. Heute wird dies von christlich denkenden Sozialdemokraten offenhertzig anerkannt. Auch die, so heißt der Sozialdemokrat Anton Hendrich nach dem Kriegsausbruch, welche gegen den „Militarismus“ manches scharfe Wort haben fallen lassen, danken jetzt heinlich Gott, daß im Reichstage auch gegen ihren Willen alles angenommen worden war. Denn wo wären wir sonst jetzt? Wir nehmen sich diesem Selbstbekenntnis gegenüber die überflüssigen Ausfälle des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in seinem Jahrbuch aus? Der Verheerender Krieg sollte mit solchen böden Agitationsphrasen doch endlich aufgeräumt haben.“

**Eisenbahntarife in Kriegszeit.** Mit Rücksicht auf die Militärtransporte hat das Reichseisenbahnamt am Grund des § 2 der Eisenbahnverkehrsordnung bereits

unterm 10. August 1914 die Bestimmungen über die Beförderungs- sowie diejenigen über die Befestigung offener oder gedeckter Wagen außer Kraft gesetzt. In einer Verfügung vom 24. Oktober wurde dann den Landesaufsichtsbehörden gestattet, mit Zustimmung des Reichseisenbahnamtes in Einzelfällen Ausnahmen im Tarifwesen zuzulassen. Inzwischen sind auf den deutschen Eisenbahnen eine Reihe billiger Notstandstarife eingeführt worden: Für die Beförderung von Roggen und Weizen: Aufstoß von 1 Pf. für das Tonnenkilometer an den normalen Satz (Spezialtarif I) für 400 Kilometer; für Kartoffeln: Aufstoß von 1 Pf. für das Tonnenkilometer an den Satz des Rohstofftarifes für 150 Kilometer; zur besseren Verwertung der Kartoffelernte, für frische Kartoffeln zur Herstellung von Trockenkartoffeln: Einheitsatz von 1 Pf. für das Tonnenkilometer und 6 Pf. Abfertigungsgebühr für 100 Kilogramm. Der Tarif gilt auf Entfernungen bis 150 Kilometer.

Zur Erleichterung der Kohlenversorgung ist der Rohstofftarif für Steinkohlen, Braunkohlen, Holz und Briketts bis auf weiteres auch für solche Sendungen zugelassen, die von binnenländischen Wasserumflogablägen verfrachtet werden.

An anderen Verkehrserleichterungen sind durchgeführt worden: Die frachtfreie Beförderung von Liebesgaben, die zur Linderung des Notstandes in Ostpreußen und Ostgalizien an Behörden und gemeinnützige Anstalten abgegeben werden. Drei befördert werden auch als Sendungen für die freiwillige Krankenpflege. Grenzschutzarbeiter und Flüchtlinge werden auf den deutschen Eisenbahnen frei befördert. Der halbe Fahrpreis wird erlassen beim Besuch kranker oder verwundeter deutscher Krieger, die sich innerhalb Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns in ärztlicher Behandlung befinden, bei Reisen von über 50 Kilometer Streckenlänge. Die Ermäßigung wird nur an Angehörige, Eltern, Mütter, Geschwister, Ehefrauen, Verlobte, gewährt.

Als weitere Erleichterungen kommen in Betracht, die Fahrpreisermäßigungen für gemeinschaftliche Reisen von Industriearbeitern: Ausgabe von Arbeiter-Schilderkarten nach Bedarf an jedem beliebigen Wochentage und auf Entfernungen von über 50 Kilometer, sowie Ausdehnung der Gültigkeitsdauer der Arbeiterermäßigungen auf 14 Tage in solchen Verbindungen, in denen wegen Arbeitseinschränkungen ein Bedürfnis hierzu vorliegt. Den in der Genesung befindlichen Kriegsteilnehmern, die auf Kosten des Roten Kreuzes in Kurorte und Bäder entsandt werden, wird nur der halbe Fahrpreis 2. und 3. Klasse angerechnet. Der Winterfahrpreis, pro Kilometer 1 Pf., wird bei männlichen Jugendlichen über 16 Jahren eingeräumt, die ihre militärische Ausbildung vor-

bereitet. Auch der Militärtarif für Eisenbahnen hat auf Anordnung des Reichsanaltes Änderungen erfahren. Die Personenwagen aller Klassen sind zu vergüten für den Zug und Wagen 3,50 M.; für Gepäck- und Güterwagen aller Gattungen 1,50 M. Rangiergebühren können die Eisenbahnverwaltungen nicht erheben.

### Verbandsnachrichten

**Gosbach.** (Stukkateure.) Am Sonntag, den 24. Januar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Referat des Bezirksleiters Preuß aus Stuttgart. 3. Wahl. 4. Verschiedenes. Den Rechenschaftsbericht verlas unser Hauptkassierer, H. Hof. Es war daraus zu entnehmen, daß trotz des schlechten Geschäftes und der großen Ausgaben noch 250 M. angelegt sind für die Lokalkasse. Unserem Kollegen Hof. Alt wollen wir auch an dieser Stelle unseren Dank ausdrücken für seine vielen Mühen und Arbeiten, die besonders im vergangenen Jahre groß waren. Der Mitgliederbestand war vor dem Kriege 61, eingezogen sind bis jetzt 24, im Felde stehen 13, ein Kollege ist zum Unteroffizier befördert und mit dem Eisernen Kreuz geschmückt worden, drei Kollegen sind vermißt. Es folgte der Vortrag des Kollegen Preuß. Er redete in sehr lehrreicher Weise über Krieg und Organisation. Besonders betonte er, daß es von großer Wichtigkeit sei, die Organisation während des Krieges aufrechtzuerhalten, damit wir nach dem Kriege stark genug sind, um unsere Forderungen zur Geltung zu bringen. Er schloß seinen Vortrag mit der Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden. Die Wahl des Vorstandes war in diesem Jahre schnell erledigt. Es wurde von einigen Kollegen der Vorschlag gemacht, der alte Vorstand möge auch in diesem Jahre bleiben, was einstimmig angenommen wurde. Die Mitglieder des Vorstandes erklärten sich hiermit einverstanden und nahmen die Wahl an. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, die Krankengeldzuschüsse der Lokalasse von 20 Pf. auf 30 Pf. pro Tag zu erhöhen, und zwar für die Zeit bis zur nächsten Generalversammlung. Ferner wurde der Antrag gestellt, eine dritte Liebesgaben-Sendung an unsere Krieger zu bewilligen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf; es hat sich gezeigt, daß die zu Hause gebliebenen Kollegen auch zu Opfern bereit sind. Doch das ist ja nur wenig im Vergleich zu den großen Opfern, die unsere Kollegen im Felde für uns bringen müssen. Möge Gott sie beschützen, damit sie wieder gesund zurückkehren.

**Münster i. W.** (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) Am Sonntag, den 24. Januar, fand unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bekanntgabe der Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Müller. Aus dem Kassierenbericht des H. Hof. lassen wir folgendes mit: Die Einnahmen im 4. Quartal an Beitragsmarken für die Generale betrugen 227,35 M.; die Einnahmen für die Zahlstelle 149,67 M. Die Ausgaben für die Generale betrugen an Krankenunterstützung 35 M., die Ausgaben der Zahlstelle 145,70 M. Das Ge-



gebnis des ganzen Jahres war folgendes: Es sind an Marken verkauft worden: 210 Eintritts-, 14 413 Beitrags-, 751 Agitations-, 1025 Vorkaufs- und 120 Kartellmarken. Die Gesamtsumme für die Zentrale und Verwaltungsstelle betrug 9813,41 M., die Einnahmen der Zahlstelle 1945,26 M. Die Ausgaben der Zahlstelle betrugen 600,29 M. Der Kassenbestand fürs nächste Quartal beträgt 1344,97 M. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 266. Zum Kriegsdienst sind 177 Mitglieder einberufen. Davon sind 129 Maurer und 48 Bauhilfsarbeiter. Gestorben sind im verfloßenen Jahre sieben Kollegen, davon fünf den Heldentod fürs Vaterland. Versammlungen wurden 15, Vorstandssitzungen neun abgehalten. Hauskassierer und Baudelegierten-Sitzungen wurden durch die Verwaltungsstelle abgehalten. Hierauf gaben die Revisoren den Revisionsbericht und beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was geschah. Von der Vorstandswahl nahm die Versammlung Abstand und übertrug dem bisherigen Vorstand die Verbandsgeschäfte während des Krieges. Als Revisoren für das neue Jahr wurden gewählt Heinr. Wschoff, Maurer, und S. Siemens, Bauhilfsarbeiter. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Bezirksleiter das Wort zu seinem Vortrage. Derselbe schilderte die bisherige Tätigkeit der geschaffenen Arbeitsgemeinschaft und die inneren Wandlungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das, was dieselben an uns früher tabelten, z. B. die Betonung der Gewerksolidarität, machen sie jetzt selber mit. Hieraus ergibt man, daß der Krieg auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften erzieherisch eingewirkt hat. Der Krieg hat gezeigt, daß das Programm der christlichen Gewerkschaften richtig war und ist, und daß die meisten Theorien der Sozialdemokratie zusammengebrochen sind. Zum Schluß erwähnte die Kollegen, während des Krieges nicht die Aufgaben des Verbandes zu vernachlässigen, sondern das zu erhalten suchen, was in jahrelanger Arbeit geschaffen wurde. Wenn die kämpfenden Kollegen zurückkehren, sollen sie nicht alles verwaist antreffen, sondern sollen sehen, daß die zurückgebliebenen Kollegen alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Die Versammlung spendete dem Kollegen Müller für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. Hierauf wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

### Volkswirtschaftliches und Soziales

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Dezember 1914 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene Reichs-Arbeitsblatt in seinem Januarheft, wie folgt:

Die erhöhte Beschäftigung, die sich im November auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt feststellen ließ, hat sich im Dezember im ganzen auf dem gleichen Stande behauptet. Verschiedentlich, mit der vorgerückten Jahreszeit zusammenhängenden geringen Verschlechterungen der Beschäftigung stehen teilweise Verbesserungen in anderen Industriezweigen gegenüber. Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände herrschte in den verschiedenen Gebieten des Kohlenbergbaues auch im Dezember sehr lebhaft Nachfrage. Die Kohleenerzeugung hob sich gleichfalls weiterhin. Auch die Eisenerzeugung, die Stahl- und Walzwerke, die meisten Zweige der Maschinenindustrie wie der elektrischen Industrie haben den Beschäftigungsgrad, der im November erreicht wurde, nicht nur aufrechterhalten, sondern zum Teil noch weiterhin verbessern können, hauptsächlich infolge weiterer Aufträge seitens der Heeresverwaltung. Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder eine geringfügige Abnahme, nämlich der männlichen um 1,76 und der weiblichen um 0,15 Prozent. Vom 1. Dezember zum 1. Januar tritt regelmäßig ein Rückgang ein, der meist stärker ist. Der im allgemeinen festgestellten günstigen Gestaltung der Beschäftigung entsprach eine fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit. Von den 1,26 Millionen Mitgliedern, über welche 40 Fachverbände für den Dezember berichten, waren 7,2 Prozent arbeitslos gegen 8,2 Prozent im Vormonat. Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich die Lage des Arbeitsmarktes in Berlin-Brandenburg, in Sachsen und Schleswig-Holstein, in Hannover und in den benachbarten Gebieten wie in Preußen und Württemberg weiterhin günstig gestaltet. In Pommern herrscht gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften, in Posen besteht der Arbeiterbedarf weiter fort. In Sachsen-Anhalt hat die Beschäftigung bemerkenswert zugenommen. In Hessen und Heinen-Rhann gestalteten sich die Verhältnisse für die Arbeitnehmenden weiterhin günstiger, ebenso ist im Rheinland weiterhin starke Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften gemeldet. In Hamburg wie in Bayern hat sich die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes wesentlich besser gestaltet als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem deutschen Arbeitsmarkt war auch im abgelaufenen Monat Dezember durchaus günstig; von einer Arbeitslosigkeit in größerem Maßstab kann, mit Ausnahme von Posen, nirgends gesprochen werden.

### Soziale Rechtsprechung

1. In der Sozialversicherungsversicherung kann der Antragsteller einen bestimmten Betrag beanspruchen. (Sonderliche Bestimmungen des Sachlichen Landesversicherungsamtes.) Die Klägerin hat bei Aufhebung des Beschlusses beantragt, das Geld des von ihr beantragten Betrages zu empfangen. Das Versicherungsamt hat jedoch ohne weiteres einen anderen Betrag mit der Begründung und Begründung beantragt. Die Klägerin hat aber auf Bezahlung des höheren Betrages

achtens dessen Richtigkeit bestritten und ist bei ihrem Rentenansprüche stehen geblieben, hat daran auch in der mündlichen Verhandlung vor dem Versicherungsamt festgehalten. Das Versicherungsamt hat trotzdem das beantragte Gutachten nicht eingeholt, hat sich überhaupt über diesen Antrag der Klägerin nicht ausgelassen. Dieses Verfahren verstößt gegen § 1617, Abs. 3 der RVO. Das Versicherungsamt mußte entweder das beantragte Gutachten einholen oder den Antrag aus dem im Abs. 3 an-

die Beseitigung des Mangels entweder selbst bewirken oder durch das Versicherungsamt nachholen lassen sollen. Da dies nicht geschehen ist, entbehrt auch das Urteil des Oberversicherungsamtes der gesetzlich einwandfreien Grundlage. Dies wäre auch der Fall, wenn das Oberversicherungsamt den fraglichen Beweisanspruch übersehen haben sollte, obwohl ihm nach dem Verhandlungsprotokoll der wesentliche Inhalt der Akten vom Vorsitzenden vorgetragen worden ist. (Mitzenzeichen Nr. 93/3/E.)



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Fritz Kepania.
- Emil Cojanowski.
- Johann Welt. Zahlstelle Ortelsburg (Ostpr.)
- Hermann Hirbes aus Horst (Mülr). Zahlstelle Steele.
- Emil Stäbe. Verwaltungsstelle Helmstedt.
- Franz Stroch.
- Josef Weckan.
- Stefan Gomon.
- August Mazieh, sämtlich aus Zabitz. Verwaltungsstelle Ronstadt, D./Echl.
- Stanislaus Mrugalla aus Sabinetz. Verwaltungsstelle Beuthen, D./Echl.
- Friedrich Köpner aus Ober-Elguth. Verwaltungsstelle Kreuzburg.
- Anton Goldbach.
- Michael Wolf. Zahlstelle Röhlein.
- Michel Jusz aus Jeyen.
- Joh. Lambert aus Medard. Verwaltungsstelle Trier.
- Ronrad Ritterböck.
- Valentin Klingel.
- Jacob Anstädt. Verwaltungsstelle Queidersbach.
- Jacob Jansen. Zahlstelle Rön-Stadt (Glfsarbeiter).
- Bernhard Weber.
- August Webe.
- Hermann Rohmann. Zahlstelle Frelenohl.
- Johann Schardt.
- Peter Reichwein. Zahlstelle Friedrichshofen.
- Hermann Schürkamp.
- Karl Quinke. Zahlstelle Uhlen (Westf.), Maurer.
- Paul Klint. Zahlstelle Berlin, Eisenleger.
- Ludwig Ehle. Zahlstelle Landsberg a. L.
- Philipp Senft aus Wingerode.
- Johann Vorge aus Kirchhellen. Verwaltungsstelle Glabbeck i. B.
- Josef Gendrowski. Verwaltungsstelle Ullenstein.
- Franz Wallner, Ritter des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse. Zahlstelle Danzig, Zimmerer.
- Lorenz Kurte aus Atteln. Verwaltungsstelle Paderborn.

Durch den Krieg wurden uns bisher 541 brave Kollegen entzissen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 17. Januar starb unser langjähriges treues Mitglied Friedrich Schmälting infolge einer Nierenkrankheit im Alter von 51 Jahren.

Am 18. Januar starb infolge Infuenza mit Herzlähmung unser treuer Kollege Georg Brähler im Alter von 30 Jahren. Ein eifriger und unermüdlicher Gewerkschaftler ist in ihm dahingegangen.

Am 23. Januar starb der Mitbegründer und langjährige Kassierer unserer Zahlstelle Kollege Josef Hegele im Alter von 54 Jahren nach längerem Leiden an der Selbstmord.

Berichtigung: Der in Nr. 4 als tot gemeldete Krieger Anton Rerten aus Münter i. B. ist nicht gefallen, sondern befindet sich in englischer Gefangenschaft. Nicht zutreffend ist auch die Meldung (Nr. 52, 1914), daß ein Kol. Georg Brähler aus Großenlüber den Heldentod gestorben sei. Die Meldung war aus von Dortmund zugegangen und beruhte auf einer falschen Information der dortigen Zeitung.

gegebenen Grunde ablehnen. Ein bloßes hüßschweigendes Übergehen des Antrages war nicht statthaft. Das Verurteilen vor dem Versicherungsamt leidet hiernach an einem wesentlichen Mangel i. S. des § 1637, Nr. 2 der RVO. Schon weil die berichtigte Vorchrift auf öffentlich-rechtlicher Grundlage beruht, war der Bescheid von Amts wegen zu hechten. Der Mangel wäre, wenn er überhaupt als ein berichtigter angesehen werden könnte, nicht dadurch geheilt, daß die Klägerin nach den Akten keine anderweitige Klage des Mangels erhoben hat. Das Oberversicherungsamt hätte jedoch von Amts wegen

### Bücherchau

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1915 ist in diesen Tagen fertig geworden. Es ist ein recht gutes Kriegs-Jahrbuch geworden. Die christlichen Gewerkschaften haben sich auch hierin den ganz neuartigen heutigen Verhältnissen angepaßt. Dafür sprachen verschiedene Gründe. Zunächst hat sich im Verlaufe der bisherigen Kriegszeit eine große Anzahl von praktischen Lebensnotwendigkeiten ergeben, die zu erheblichen Veränderungen und Ergänzungen der Gesetzgebung geführt haben. Eine gewisse Vertrautheit mit den neuen Bestimmungen ist um so mehr notwendig, als davon die Existenz weitester Kreise direkt berührt wird. Kurzgefaßt mit einer Fülle von praktischen Hinweisen durchgeführte Artikel suchen dieser Vertrautheit vorzuarbeiten und bilden im übrigen in allen Fällen eine geeignete Orientierungsmöglichkeit. Sodann aber drängte sich die Notwendigkeit auf, die Arbeiterschaft wirklich teilnehmen zu lassen an der großen Zeit, die wir erleben. Die Arbeiter müssen wissen, um was es sich im letzten Grunde in dem gewaltigen Streit des Weltkrieges handelt, da sich dies an der Oberfläche gar nicht oder nur entstellend und verzerrt zeigt. Unsere Kämpfer in den Schützengräben, vor den Festungen und an den Meeresküsten und auch diejenigen hinter der Front müssen sich bewußt werden, daß ihre persönlichen Bemühungen in dieser Zeit ein Teil des großen Geschehens sind, das wir in der Tat als das Rollen der Weltgeschichte erkennen und empfinden. Nur so erleben sie wirklich das, was um uns vorgeht. Dementsprechend führen die Ausführungen im Jahrbuch die Leser auch in die Zusammenhänge des jetzigen Weltgeschehens ein. Es wird aber ferner auch der Versuch gemacht, ihnen zu zeigen, wie die christliche Arbeiterbewegung in ihren Grundzügen auch unter den ungeheuren Umwälzungen des Krieges auf festem Boden stand, was sie, der die christlichen Arbeiter im Frieden ihre Kräfte geweiht, unter den jetzigen Umständen beibehalten, was die Arbeiter, wo sie auch sein mögen, jetzt und in Zukunft an der Bewegung haben.

So sucht das Jahrbuch den christlichen Arbeiter an dem Punkte zu erfassen, wo im Augenblick alles materiell und geistig auf ihn einwirkt. Selbstredend beschränkt sich denn auch der Wert des Kriegs-Jahrbuches nicht bloß auf diejenigen, die in irgendeiner Weise am Kriege beteiligt sind — und wer wäre das nicht mehr oder weniger? — sondern es behält seinen Wert über die jetzige Zeit hinaus auch für die Entwicklung, der wir nach dem Friedensschluß entgegengehen. Der Inhalt ist so gewußt und zusammengestellt, daß niemand, der einmal Einblick darin gewonnen, das Jahrbuch nicht entbehren wollen.

Ueber die Einzelheiten des Inhalts orientieren die nachstehenden Ueberschriften der hauptsächlichsten Abhandlungen: Die christlichen Gewerkschaften in 1913; Ursachen und Zusammenhänge des Weltkrieges; Weltkrieg und sittliche Volkserneuerung; Die Arbeiterbewegung im Kriege; Der Krieg und die Grundzüge der christlichen Arbeiterbewegung; Krieg und Arbeitervertragsrecht; Krieg und Wohnungsmietrecht; Kriegerfamilien-Unterstützung; Vaterländische Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen von Kriegsgesessenen; a) Mannschaftsversorgung, b) Hinterbliebenenversorgung, c) Verhältnis der Militärversorgung zur reichsgesesslichen Versorgungsgesetzgebung; Wochenhilfe während des Krieges; Aus der Reichs-Sozialgesetzgebung. Daneben sind Notizen über die Friedensstärke der Armeen der kriegführenden Länder, Zahlen aus dem Kriege 1870/71, kleinere Gedächtnisse usw. in den Text eingestreut. Auch fehlt natürlich das übliche Adendariun sowie allerhand praktisches Beiwerk für den Arbeiterleser nicht.

Der Preis beträgt im Buchhandel 1 M. für Mitglieder 0,50 M.

### Verammlungskalender

Berlin. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle findet am Donnerstag, den 18. Februar, abends 1/9 Uhr, im „Gärtnerheim“, Stralauer Straße 53, statt. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

### Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Barmen-Elberfeld. Achtung! Ausschneiden — aufbewahren! Achtung! Die Sprechstunden finden von jetzt an statt

- a) in Barmen: Jeden Montag und Donnerstag, abends von 1/8 bis 9 Uhr, beim Kollegen Bernhard Deppe, Bruderstraße 8. Die Kollegen werden gebeten, offene Stellen sofort darauf zu weisen, damit arbeitslosen Kollegen sofort Arbeit angewiesen werden kann;
- b) in Elberfeld, Bureau Wilhelmstr. 33 b: jeden Morgen von 10 bis 11 Uhr und jeden Nachmittag von 4 bis 5 Uhr. Dienstags, abends von 7 bis 8 Uhr, und Freitags, abends von 7 bis 9 Uhr; Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr.

Der Vorstand. J. A.: Josef Derichs.